

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telex: 8 85 848 pabr d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Dr. Peter Struck MdB  
zu den Mehrwertsteuer-  
Plänen der Bundesre-  
gierung: Der Steuer-  
lüge zweiter Teil.

Seite 1

Dagmar Luuk MdB zur  
Notwendigkeit, mit der  
Bekämpfung der  
Fluchtursachen zu be-  
ginnen: Eine soziale  
Entspannungspolitik  
schaffen.

Seite 3

Professor Dr. Martin  
Pfaß MdB zu den Vor-  
schlägen der Deut-  
schen Zahnärzteschaft  
an Bundesgesund-  
heitsministerin Hassel-  
feldt: Auf dem Weg zur  
Zwei-Klassen-Medizin.

Seite 4

### Dokumentation:

Prof. Dr. Ingomar  
Hauchler MdB und Dr.  
R. Werner Schuster  
MdB resümieren eine  
entwicklungspolitische  
Anhörng: Verantwor-  
tung für die EINE WELT  
auch in Ländern und  
Kommunen.

Seite 5

47. Jahrgang / 31

13. Februar 1992

### Der Steuerlüge zweiter Teil

**Zu den Mehrwertsteuer-Plänen der Bundesregierung**

**Von Dr. Peter Struck MdB**

Das Vermittlungsverfahren zum Steueränderungsgesetz 1992 und sein Ergebnis haben gezeigt, daß die Bundesregierung und die Regierungskoalition noch einige Lernprozesse vor sich haben. Die Bundesregierung wird erst noch lernen und auch akzeptieren müssen, daß sie im Bundesrat nach dem Regierungswechsel in Rheinland-Pfalz nicht mehr die Mehrheit hat.

Sie hat sich in all den Jahren mit ihrer Mehrheit in Bundestag und Bundesrat daran gewöhnt, daß die Ergebnisse, die in Partei- und Koalitionsszirkeln ausgekungelt wurden, dann ohne Rücksicht auf die SPD in Bundestag und Bundesrat durchgedrückt werden konnten. Das ist vorbei.

Fest steht: Die Bundesregierung ist mit ihrer Selbstgerechtigkeit und Konfrontationspolitik beim Steueränderungsgesetz 1992 nicht durchgekommen. Sie ist mit ihrer Strategie gescheitert, keine Kompromisse einzugehen, sie ist gescheitert mit dem Versuch, einzelne Länder einzukaufen. Wir Sozialdemokraten haben oft genug unsere Kompromißbereitschaft angeboten. Auch die Bundesregierung wird in Zukunft Kompromißbereitschaft zeigen müssen.

Statt gemeinsam mit der SPD Kompromisse zu suchen, hat die Bundesregierung zum Mittel der Drohung und Erpressung gegriffen. Zwei Beispiele dafür:

1.

Sie hat den neuen Ländern damit gedroht, daß sie kein Geld für die Haushaltsfinanzierung bekommen würden, wenn das Steueränderungsgesetz 1992 nicht in der von der Bundesregierung gewünschten Form angenommen wird. Das ist ein miserables politisches Spiel mit der Angst und den Sorgen der Menschen in den neuen Ländern.

Die Wahrheit sieht ganz anders aus: Es ist völlig unstrittig im Vermittlungsausschuß gewesen, daß die Mittel für den Fonds 'Deutsche Einheit' aufgestockt und verstetigt werden sollen. Der Bundesfinanzminister weiß doch, daß im Bundeshaushalt 1992 bereits zusätzliche Mittel für den Fonds 'Deutsche Einheit' in Höhe von 5,9 Milliarden DM deklariert sind, die längst gesetzlich beschlossen sind. Wir fordern den Bundesfinanzminister auf, diese Mittel den neuen Ländern unverzüglich und bestimmungsgemäß zur Verfügung zu stellen, ihre Auszahlung nicht länger zu blockieren und sich an Recht und Gesetz zu halten.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Presshaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
nur durch den B. Druckver-  
einigung



Allein die Blockadepolitik der Bundesregierung ist Schuld daran, daß die Erhöhung der Mittel für den Fonds 'Deutsche Einheit' für die Jahre 1993 und 1994 immer noch nicht beschlossen ist. Um dies allen zu dokumentieren, haben wir einen Antrag eingebracht, indem genau die Aufstockung und Verstärkung gerade dieser Mittel gefordert wird.

2.

Genauso schäbig wie mit den neuen Ländern geht die Bundesregierung auch mit den Familien mit Kindern um. Sie verweigern den Familien mit Kindern ihr Recht auf ein höheres Kindergeld deshalb, weil wir der Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht zustimmen. Dabei hatte die Bundesregierung inzwischen selbst zugeben müssen, daß die von ihr gewollte Mehrwertsteuererhöhung ab 1993 mit der Finanzierung der Kindergelderhöhung ab 1. Januar 1992 nichts, aber auch gar nichts zu tun hat, nachdem sie monatelang immer wieder das Gegenteil behauptet hatte. Jetzt heißt es plötzlich, die Mehrwertsteuererhöhung werde nicht für das Kindergeld, sondern für die neuen Länder gebraucht. Niemand wird das noch glauben! Klar ist nur, daß hier ein mieses politisches Spiel getrieben wird. Zuerst wurden die Familien mit Kindern in Geiselschaft genommen, jetzt sind es die neuen Länder - und das alles nur zu dem einen Zweck, die von der Bundesregierung gewollte Mehrwertsteuererhöhung durchzudrücken.

Die Mehrwertsteuererhöhung ist so, wie sie von der Bundesregierung gewollt ist, unsozial, weil sie die kleinen Leute relativ viel stärker belastet als die Bezieher hoher Einkommen. Die Mehrwertsteuer ist konjunkturell nicht zu vertreten. Sie belastet die laufenden Tarifverhandlungen, heizt die Inflation weiter an und provoziert die Gegenreaktion der Bundesbank mit der Folge steigender Zinsen und einer Gefährdung der Konjunktur.

Ein wichtiger Politiker dieses Hauses hat gesagt: 'Die Erhöhung der Mehrwertsteuer bewirkt das genaue Gegenteil einer Belebung der Wirtschaft. Wir halten die Mehrwertsteuererhöhung in dieser konkreten Situation für ein tödliches Gift.' Das war Helmut Kohl im Deutschen Bundestag am 26. März 1982. Und noch ein wichtigerer Politiker sagte: 'Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer würde nur eine neue Preiswelle auslösen und die Gewerkschaften veranlassen, diese Entwicklungen bei ihren Lohnforderungen einzubeziehen. Einem solchen Unsinn können wir nicht zustimmen.' Das war Franz-Josef Strauß im März 1982.

Unwahr ist auch, daß die Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1993 wegen Europa notwendig sei. Richtig ist, daß sich der Bundesfinanzminister mit der Mehrwertsteuererhöhung hinter Europa verstecken will und die EG-Kommission deshalb dazu gebracht hat, einen Richtlinienentwurf für einen Mindeststeuersatz von 15 Prozent vorzulegen. Bisher liegt nur ein unverbindlicher Entwurf vor. Rechtliche Konsequenzen ergeben sich erst dann, wenn alle Mitgliedsstaaten der EG - ich betone alle, denn da herrscht das Einstimmigkeitsprinzip - diesem Entwurf zugestimmt haben. Was bisher dazu in Brüssel beschlossen worden ist, ist nicht mehr als eine Absichtserklärung der Finanzminister. Ich gebe zu, daß diese Absichtserklärung für Herrn Waigel jetzt ein Problem ist, weil er ihr im letzten Jahr zugestimmt hat. Aber wenn er in Brüssel etwas verspricht, ohne zu Hause die dafür nötigen Mehrheiten zu haben, dann hat er ganz einfach den Mund zu voll genommen, und das ist dann sein Problem. Was ist denn das für ein Verfassungsverständnis, wenn man versucht, die Verfassungsorgane Bundestag und Bundesrat über die EG auszuhebeln? Wer so handelt, unterläuft aber nicht nur unsere parlamentarische und föderative Verfassung, er diskreditiert auch Europa bei unseren Bürgern.

Die Bundesregierung versucht mit dem Steueränderungsgesetz 1992 die Länder nicht nur politisch an die Wand zu stellen, sondern auch finanziell. Sie will den ärmeren Bundesländern mit einer kurzen Übergangsregelung die Strukturhilfe streichen. Auf das Kompromißangebot der Länder, die Strukturhilfe schrittweise abzubauen, so daß keine Investitionsruinen entstehen, ist sie gar nicht eingegangen. Sie lehnt Hilfen an die Länder zum Ausgleich der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die in strukturschwachen Regionen wegen des Abbaus der Bundeswehr entstehen, ab, obwohl sie dies im letzten Sommer im Vermittlungsausschuß zugesagt hat. Das kann man nur Wortbruch nennen. Und sie hat bei den massiven Steuer- und Abgabenerhöhungen von mehr als 40 Milliarden DM im vergangenen Jahr ausschließlich an den Bund gedacht. Die Länder sind dabei leer ausgegangen. Wer glaubt, so mit den Ländern umspringen zu können, verhärtet das Verhandlungsklima und entzieht möglichen Kompromissen von vornherein den Boden.

Ich will der Abstimmung morgen im Bundesrat nicht vorgreifen. Ich warne aber dringend davor, mit der Politik des Stimmenkaufs bei den Ländern weiter fortzufahren. Wenn der Bundesfinanzminister glaubt, er könne durch Angebote an einzelne neue Länder deren Finanznot ausnützen und sich Mehrheiten im Bundesrat zusammenkaufen, dann treibt er ein übles Spiel. Dieses Ausspielen von Ost gegen West würde Gräben aufreißen in unserem Land und der Überwindung der deutschen Teilung ganz und gar nicht dienen. Wenn bei den Bürgern im Westen der Eindruck entsteht, sie müßten eine höhere Mehrwertsteuer bezahlen, weil sie von den neuen Bundesländern dazu gezwungen werden, könnte das Wunden schlagen, die so leicht nicht wieder verheilen. Davor kann ich nur ganz dringend warnen! Eine Mehrwertsteuererhöhung ist der Steuerlüge Zweiter Teil! Wir werden uns daran nicht beteiligen. Deshalb lehnen wir das Ergebnis des Vermittlungsausschusses ab.

(-/13. Februar 1992/rs/tr)

\*\*\*\*\*

### Eine soziale Entspannungspolitik schaffen

Zur Notwendigkeit, mit der Bekämpfung der Fluchtursachen zu beginnen

Von Dagmar Luuk MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises Nord-Süd der Berliner SPD

Die weltweiten Wanderbewegungen, deren Auswirkungen sich auch in Deutschland durch steigende Asylbewerberzahlen zeigen, können nur verringert werden, wenn die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Ländern, aus denen die Flüchtlinge kommen, erfolgreich ist. Angesichts des weltweit zunehmenden Flüchtlingseisens sind wir vor die Aufgabe gestellt, die Fluchtursachen in der Welt im Interesse der Betroffenen und der Aufnahmeländer zu bekämpfen. Dazu bedarf es nicht nur Maßnahmen in den Entwicklungsländern, den Ländern Osteuropas und Änderungen im Nord-Süd-Verhältnis, sondern es müssen auch aufeinander abgestimmte Initiativen von Industrieländern und internationalen Hilfsorganisationen hinzukommen.

Weil die Flüchtlingsbewegung aus dem Süden und Osten vor allem die Folge des wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Nord-Süd- beziehungsweise Ost-West-Gefälles ist, gilt es, vom Norden aus gegenüber dem Süden eine wirtschaftliche und soziale Entspannungspolitik einzuleiten und der höchst ungleichen Verteilung der Lebenschancen entgegenzuwirken. Krasse Armut, Hunger, Kriege, Bürgerkriege, ethnische Konflikte, Umweltzerstörung und Katastrophen, dramatischer Bevölkerungsanstieg, schwere Menschenrechtsverletzungen und diktatorische Regime führen zu immer größeren Flüchtlingszahlen. Auf der anderen Seite gibt es Gründe, die eine Abwanderung in Industrieländer attraktiv erscheinen lassen. Dazu gehören vor allem bessere Lebensbedingungen, Freiheitsrechte, Demokratie und innerer Friede.

Anfang 1991 gab es weltweit nach den Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention 17,3 Millionen Flüchtlinge, die unter das Mandat des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) fallen. Dies ist gegenüber 1990 eine Steigerung um 2,3 Millionen Menschen und verdeutlicht die Dynamik der gegenwärtig wachsenden Flüchtlingszahlen. Dazu müssen noch 2,2 Millionen palästinensische und 0,3 Millionen kambodschanische Flüchtlinge gerechnet werden, die unter der Betreuung anderer UN-Organisationen stehen. Von allen Flüchtlingen sind zwischen 80 und 90 Prozent von Entwicklungsländern selbst aufgenommen worden, lediglich zehn bis 20 Prozent von Europa und Nordamerika. Über die Mandatsflüchtlinge hinaus werden noch 18 bis 20 Millionen genannte "displaced persons" (Flüchtlinge im eigenen Land) und zirka 80 Millionen Migranten auf der Suche nach besseren Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb ihrer Heimatländer geschätzt. Weiter geht man von Millionen von Zuwanderern aus Osteuropa aus, falls sich die Verhältnisse dort nicht verbessern.

Vor dem Hintergrund dieser Flüchtlingssituation ist es notwendig, langfristige Programme zur Bekämpfung von Fluchtursachen zu beginnen und andererseits in stärkerem Umfang als bisher Hilfeleistungen für die akute Notlage von Flüchtlingen in Entwicklungsländern zu erbringen. Wir sind dringlicher denn je gefordert, die Grundbedürfnisse und Rechte der Unterdrückten,

der Elends-, Armuts- und Kriegsflüchtlinge zu sichern. Dazu brauchen wir

1. eine aktive Friedenspolitik mit einem grundsätzlichen Verbot von Rüstungsexporten außerhalb der NATO.
2. eine konsequente Menschenrechtspolitik, die Diktaturen weder direkt noch indirekt unterstützt, selbst wenn damit gute Exportgeschäfte oder andere Vorteile verbunden sind,
3. direkte materielle und politische Patenschaften für Flüchtlingslager in den Ländern, die in der Anzahl von Migrationsbewegungen im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung überbelastet sind,
4. ein stärkeres Engagement für eine international koordinierte Katastrophenvorbeugung,
5. eine präventive Entwicklungspolitik mit dem Ziel, neue und größere Flüchtlingsströme vermindern zu helfen. Oberstes Ziel muß es sein, zu einer menschenwürdigen, wirtschaftlich produktiven, sozial gerechten, umweltverträglichen und auf Dauer tragfähigen Entwicklung im Süden und in den Ländern Osteuropas beizutragen. Dazu bedarf es neben einer entwicklungsverträglichen Umgestaltung der internationalen Rahmenbedingungen auch der Beseitigung interner Entwicklungshemmnisse in den betreffenden Ländern,
6. wirkungsvolle kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zugunsten der hilfsbedürftigen Länder Osteuropas im Rahmen einer verstärkten politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Kooperation. Beim Technologie- und Erfahrungstransfer mit diesen Ländern sollten die Erkenntnisse und Instrumente bisheriger Entwicklungszusammenarbeit stärker genutzt werden.
7. Maßnahmen für eine schnelle und entwicklungsverträgliche Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zugunsten der Entwicklungsländer, wozu vordringlich die Lösung der Schuldenkrise, die Verbesserung der Handels- und Austauschbedingungen sowie eine stärker an den Menschen orientierte Politik von Internationalem Währungsfonds und Weltbank gehören.
8. eine international koordinierte Weltordnungspolitik, an der der Süden gleichberechtigt teilhat und die vom Norden auch ein radikales Umdenken und Umsteuern im Produktions- und Konsumverhalten erfordert.

Deutschlands Nachbarn blicken seit der Vereinigung in zunehmendem Maße mit gemischten Gefühlen auf uns. Viele bewegt die Frage "Was wollen die Deutschen?" Wenn es uns gelingt, in den hier geschilderten Zusammenhängen einen überzeugenden Beitrag zu leisten, werden aufkommende Irritationen abgebaut.

(-/13. Februar 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Auf dem Weg zur Zwei-Klassen-Medizin

Zu den Vorschlägen der Deutschen Zahnärzteschaft an Bundesgesundheitsministerin Hasselfeldt

Von Professor Dr. Martin Pfaff MdB

Mitglied des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages

Das von der deutschen Zahnärzteschaft vorgeschlagene Konzept "Vertrags- und Wahlleistungen" ist kein geeigneter Ansatz für eine Neuorientierung des Sachleistungsbereiches der Gesetzlichen Krankenversicherung und sollte deshalb von Bundesgesundheitsministerin Hasselfeldt abgelehnt werden.

Durch die von den Zahnärzten geforderte Ablösung des Sachleistungsprinzips durch das Kostenerstattungsprinzip - wonach die Patienten ihre Zahnarztrechnungen zuerst beim Zahnarzt bezahlen sollen, um die Rechnungen danach von ihren Kassen voll oder teilweise erstattet zu

bekommen - hat sehr viel mehr Nachteile als Vorteile aufzuweisen: Zwar kennen Kostenerstattungsversicherte ihre Kosten besser als Sachleistungsversicherte; sie gehen aber nicht weniger zum Arzt und verursachen auch keine geringeren Kosten.

Zudem wird der Leistungsanspruch der Patienten zwischen Arzt und Patienten entschieden. Somit wird das gesamte Prüfwesen unterlaufen: Die nachträgliche Wirtschaftlichkeitsprüfung entfällt, wie auch die Kontrolle durch die Kassenzahnärztliche Vereinigung. Der einzelne Patient ist meist bei der Überprüfung der Arztrechnung überfordert. Er ist bei größeren Rechnungen - zum Beispiel bei Zahnersatz - oft auch finanziell überfordert, was zur Verschiebung oder gar Vermeidung notwendiger Behandlungen führen kann: unter anderem bei den sozial- und einkommenschwächeren Gruppen sind negative Folgen für die Zahngesundheit nicht auszuschließen, wie aus Ländern mit ausgebeuteten Kostenerstattungssystemen - zum Beispiel aus den USA oder aus südeuropäischen Ländern - hinlänglich bekannt ist.

Kostenerstattungssysteme mit weniger als 100prozentiger Erstattung enthalten eine variable Form der Selbstbeteiligung: Dann nämlich, wenn die Krankenkasse bestimmte Leistungen nicht erstatten kann oder darf, führt dies zu einer zusätzlichen Belastung der Versicherten. Denn nachträglich können nicht notwendige oder unwirtschaftliche Leistungen nicht gestrichen werden. Der Versicherte bleibt auf diesen Kosten sitzen.

Bei einer Ablösung des jetzigen Systems der kassenzahnärztlichen Versorgung durch eine Liste von Vertragsleistungen, die dem Patienten zu verbindlich vereinbarten Gebühren und nach dem Kostenerstattungsprinzip zur Verfügung gestellt werden, und zusätzlich durch nicht auf dieser Liste angeführten Wahlleistungen, die vom Patienten bezahlt werden, trifft die obige Kritik noch in schärferer Form zu: Ein System von Vertrags- und Wahlleistungen enthält für die Zahnärzte starke Anreize, das Niveau der Vertragsleistungen zu senken oder zumindest einzufrieren, um bei den Wahlleistungen Kasse machen zu können: Wahlleistungen werden aber zunehmend von einkommensstärkeren Personen in Anspruch genommen: Je höher das Einkommen, desto aufwendiger der Zahnersatz!

Über ein System von Wahlleistungen können Zahnärzte eine Strategie der Marktsegmentierung und damit der eigenen Einkommensmaximierung betreiben. Nicht der objektive Bedarf allein, sondern zunehmend die finanzielle Leistungsfähigkeit der Versicherten werden weitgehend die Behandlungsform bestimmen: Der Weg in die Zwei-Klassen-Medizin ist somit vorgezeichnet.

Wahlleistungen sind gesundheits- und sozialpolitisch nur dann zu vertreten, wenn sie über das Maß des Notwendigen und Wirtschaftlichen hinausgehen, also echte Luxus-Leistungen darstellen. Im letzteren Fall haben sie aber keinen Platz in der Gesetzlichen Krankenversicherung, sie können - wie auch heute schon - über private Zusatzversicherungen abgedeckt werden.

Das Wesensmerkmal des deutschen Systems der gesundheitlichen Versorgung besteht eben darin, daß im Rahmen der Gesetzliche Krankenversicherung nicht ein Mindeststandard sondern ein gehobener Standard zur Verfügung gestellt wird, und zwar nach dem Bedarf, und nicht nach der individuellen Zahlungsfähigkeit! Ein System von Vertrags- und Wahlleistungen gefährdet über Zeit das Niveau dieses gehobenen Standards.

Deshalb ist ein Ersatz des Sachleistungsprinzip durch das Kostenerstattungssystem nicht nur bei der zahnärztlichen Versorgung sondern generell für die Gesetzliche Krankenversicherung.  
(-/13. Februar 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Verantwortung für die EINE WELT auch in Ländern und Kommunen**

Im Anschluß an eine Anhörung von Vertretern der Bundesländern und der Kommunen im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 12. Februar 1992 zum Thema

"Entwicklungszusammenarbeit der Länder und kommunalen Gebietskörperschaften" erklärten der entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Professor Dr. Ingomar Hauchler und der Bundestagsabgeordnete Dr. R. Werner Schuster:

1. Grundlegende Verbesserungen der Situation in den Entwicklungsländern setzt auch ein anderes Verhalten der Industrieländer voraus. Auch der Norden muß sich ändern, wenn die EINE WELT überleben will. Dies erfordert eine grundlegende Bewußtseinsänderung der Bevölkerung der Industrienationen und damit auch in der Bundesrepublik. Von daher werden die einschlägigen Aktivitäten der Bundesländer und mancher Kommunen, die die Notwendigkeit für Entwicklungszusammenarbeit auf ihren Ebenen konsequent umsetzen, ausdrücklich begrüßt. Entwicklungspolitische Aktivitäten in Kommunen und Ländern sollen sich an der vom Grundgesetz vorgesehenen Aufgabenteilung orientieren.
2. Auf Länderebene wird eine aktive Vorräterrolle des kleinsten Bundeslandes Bremen ausdrücklich gewürdigt. Im Vergleich dazu bestehen in manchen anderen alten Bundesländern noch erheblicher Nachholbedarf. Innerhalb einer Landesregierung sollten die entwicklungspolitischen Aktivitäten als Querschnittsaufgabe verstanden werden und zum Beispiel durch die Schaffung eines Landesamtes oder eines Nord-Süd-Beauftragten ihre organisatorische und institutionelle Absicherung erhalten.
3. Vorrangig sind die Länder gefordert, in ihrem ureigensten Aufgabengebiet, der Kultur- und Bildungshoheit, für entsprechende Impulse zu sorgen. Die qualifizierte Einführung des Themas "EINE WELT" in den Schulunterricht - beginnend bei der Lehrerfortbildung - ist primär keine Haushaltsfrage, sondern eine Frage der inhaltlichen Prioritätensetzung. Auch im Hochschulbereich lassen sich so ohne wesentliche, zusätzliche Mittel notwendige Schwerpunktverlagerungen erreichen.
4. Bei etwa 14.000 Kommunen in der alten Bundesrepublik ist die Anzahl von etwa 500 Kommunen, welche sich in Form von kommunalen Partnerschaften direkt oder indirekt über örtliche Nichtregierungsorganisationen mit entwicklungspolitischen Aktivitäten beteiligen, alles andere als zufriedenstellend. Im Nachbarland Niederlande ist jede zweite Kommunen in diesem Bereich engagiert. Hier wären erneute Initiativen der kommunalen Spitzenverbände hilfreich.
5. Sowohl auf Länder- als auch auf kommunaler Ebene fehlt den einschlägigen Aktivitäten häufig noch die praktische Konsequenz der eigene, beispielgebenden Verhaltensänderung. Wir können den Süden nicht um den so wichtigen Erhalt der Tropenwälder bitten, wenn wir gleichzeitig selbst uferlos Energie verschwenden.
6. Länder und Kommunen sind gut beraten, wenn sie auf die Durchführung eigener Projekte in der Dritten Welt zugunsten der Unterstützung der in ihren Einzugsbereich tätigen Nichtregierungsorganisationen verzichten. Länder und Kommunen sind in der Regel nicht in der Lage, den notwendigen Beratungsaufwand bei der Projektdurchführung vor Ort sicherzustellen. Nur diese aber bürgt langfristig für die Nachhaltigkeit solcher Projekte.
7. Den Ländern der Dritten Welt fehlt häufig das Know-How für den Aufbau leistungsfähiger kommunaler Interessenstrukturen. Hier könnte ein gegenseitiger Informationsaustausch auf der Basis kommunaler Partnerschaften einen positiven Lösungsansatz darstellen.
8. Mitarbeiter/Innen aus Ländern und Kommunen (zum Beispiel Lehrer, Verwaltungsfachleute), welche freiwillig im Rahmen von Partnerschaften vor Ort befristet den notwendigen Know-How-Transfer leisten, sollten nicht nur hierfür freigestellt, sondern später in ihrer normalen Karriere zu Hause gerecht gefördert werden.
9. Man muß da Rat nicht immer neu erfinden. Ein organisierter, institutionalisierter Erfahrungsaustausch sowohl auf Länder- als auch auf kommunaler Ebene ist Ansporn und erfolgssteigernd zugleich.
10. Die sogenannte Dritte Welt ist groß genug, um jeder Kommune und jedem Bundesland entsprechend ihren eigenen Zielsetzungen ein sinnvolles Betätigungsfeld zu öffnen. Die Zeit ist überfällig, diese Chance auch zu nutzen.

(-/13. Februar 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*